

# Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

---

## — Nr. 24. —

---

**Inhalt:** Verordnung, betreffend die Kationen der Beamten aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, S. 179. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Euskirchen, Rheinbach, Siegburg, Aldenau, Boppard, Cochem, Sankt Goar, Kirchberg, Mayen, Trarbach, Bergheim, Opladen, Sankt Wendel, Hillesheim, Neumagen, Saarburg, Trier, Mayweiler, Wittlich, Daun und Wabern, S. 180. — Bekanntmachung der nach dem Gesetz vom 10. April 1872 durch die Regierung-Amtsblätter publizirten landesherrlichen Erlasse, Urkunden zc., S. 181.

---

(Nr. 9849.) Verordnung, betreffend die Kationen der Beamten aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Vom 26. August 1896.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen zc.  
verordnen auf Grund der §§. 3, 7, 8 und 14 des Gesetzes, betreffend die Kationen der Staatsbeamten, vom 25. März 1873 (Gesetz-Samml. S. 125), was folgt:

### Einziger Paragraph.

Den zur Kationsleistung verpflichteten Beamtenklassen aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten tritt hinzu:

der Inspektor der chirurgischen Klinik der Universität zu Marburg.

Die Höhe der von dem Inhaber dieser Stelle zu leistenden Amtskation wird auf Eintausend achthundert Mark festgesetzt.

Im Uebrigen finden die Vorschriften der Verordnung vom 10. Juli 1874, betreffend die Kationen der Beamten aus dem Bereiche des Staatsministeriums und des Finanzministeriums (Gesetz-Samml. S. 260) Anwendung.



Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 26. August 1896.

(L. S.)

Wilhelm.

Für den Finanzminister und den Minister  
der geistlichen u. Angelegenheiten:

Schönstedt.

(Nr. 9850.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Euskirchen, Rheinbach, Siegburg, Aldenau, Boppard, Cochem, Sankt Goar, Kirchberg, Mayen, Trarbach, Bergheim, Opladen, Sankt Wendel, Hillesheim, Neumagen, Saarburg, Trier, Wargweiler, Wittlich, Daun und Wadern. Vom 8. September 1896.

Auf Grund des §. 49 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechts vom 12. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 52) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch im §. 48 jenes Gesetzes vorgeschriebene Ausschlussfrist von sechs Monaten

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Düren gehörige Gemeinde Wollersheim mit den Gehöften Gödersheim und Rentmühle,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Euskirchen gehörige Gemeinde Vernich,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Rheinbach gehörige Gemeinde Esch,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Siegburg gehörige Gemeinde Wahlscheid,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Aldenau gehörige Gemeinde Hoffeld,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Boppard gehörige Gemeinde Eveshausen,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Cochem gehörige Gemeinde Eller,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Sankt Goar gehörige Gemeinde Oberwesel,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Kirchberg gehörige Gemeinde Panzweiler,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Mayen gehörige Gemeinde Nieden,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Trarbach gehörige Gemeinde Rödelhausen,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Bergheim gehörige Gemeinde Oberembt,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Opladen gehörige, einen Theil der politischen Gemeinde Nixrath bildende Katastergemeinde Berghausen,



für die zum Bezirk des Amtsgerichts Sankt Wendel gehörige Stadtgemeinde  
Sankt Wendel,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Hillesheim gehörige Gemeinde Birgel,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Neumagen gehörigen Gemeinden  
Elzerath und Rorodt,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Saarburg gehörigen Gemeinden  
Mannebach und Hentern,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Trier gehörige Gemeinde Kürenz,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wargweiler gehörige Gemeinde Dackscheid,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wittlich gehörige Gemeinde Laufeld,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Daun gehörige Gemeinde Steinborn,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wadern gehörigen Gemeinden Mit-  
losheim und Niederlosheim

am 15. Oktober 1896 beginnen soll.

Berlin, den 8. September 1896.

Der Justizminister.

Schönstedt.

---

### Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357)  
sind bekannt gemacht:

- 1) der Allerhöchste Erlaß vom 12. Juli 1896, betreffend die Verleihung  
des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Spremberg zur Entziehung  
und zur dauernden Beschränkung des zum Bau und Betrieb einer Klein-  
bahn vom Bahnhof Spremberg der Berlin-Görlitzer Eisenbahn nach der  
Stadt Spremberg und von dort nach den Kohlengruben bei Pulsberg  
und Terpe in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums, durch das  
Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a. D. Nr. 35 S. 255, aus-  
gegeben am 2. September 1896;
- 2) der Allerhöchste Erlaß vom 15. Juli 1896, betreffend die Anwendung  
der dem Chauffeegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Be-  
stimmungen wegen der Chauffeepolizeivergehen auf die von dem Kreise  
Braunsberg erbaute und in künftige chauffeemäßige Unterhaltung über-  
nommene Chaussee von Spanden nach Algstein, durch das Amtsblatt der  
Königl. Regierung zu Königsberg Nr. 36 S. 332, ausgegeben am  
3. September 1896;



- 3) der Allerhöchste Erlaß vom 22. Juli 1896, betreffend die Genehmigung des von dem Generallandtage der Westpreussischen Landschaft beschlossenen Regulativs für die Kündigung und Konvertirung der  $3\frac{1}{2}$ prozentigen Westpreussischen Pfandbriefe in 3prozentige Pfandbriefe I. und II. Serie, durch die Amtsblätter  
der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 34, Extrabeilage, ausgegeben am 22. August 1896,  
der Königl. Regierung zu Marienwerder Nr. 35 S. 281, ausgegeben am 27. August 1896,  
der Königl. Regierung zu Cöslin Nr. 35 S. 243, ausgegeben am 27. August 1896,  
der Königl. Regierung zu Bromberg Nr. 35 S. 461, ausgegeben am 27. August 1896;
- 4) der Allerhöchste Erlaß vom 3. August 1896, betreffend die Verlängerung der Baufrist für die Vorgebirgsbahn Cöln–Bonn, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Cöln Nr. 36 S. 323, ausgegeben am 2. September 1896;
- 5) der Allerhöchste Erlaß vom 3. August 1896, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Reeser Anschlußbahn zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für den Bau und Betrieb einer Kleinbahn von Rees nach dem Bahnhofe Empel der Eisenbahnstrecke Wesel–Emmerich in Anspruch zu nehmenden Grundeigenthums, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 36 S. 337, ausgegeben am 5. September 1896;
- 6) das Allerhöchste Privilegium vom 3. August 1896 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihscheine der Stadt Hörter im Betrage von 1 000 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Minden Nr. 35 S. 279, ausgegeben am 29. August 1896;
- 7) das Allerhöchste Privilegium vom 3. August 1896 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihscheine der Stadt Haspe im Betrage von 742 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Arnshberg Nr. 35 S. 457, ausgegeben am 29. August 1896;
- 8) das Allerhöchste Privilegium vom 17. August 1896 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihscheine der Stadt Barmen im Betrage von 2 940 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 37 S. 345, ausgegeben am 12. September 1896.